



Viel zu viele sind Verlierer

Warum sich Gerhard Schick in der „Bürgerbewegung Finanzwende“ engagiert

Pat Christ

In größeren Städten können sich selbst Menschen mit normalen Einkommen oft keine Miete mehr leisten. – alle Fotos dieses Beitrages: Pat Christ.

Immer dann, wenn Systeme in eine Krise geraten, plopt das Thema „Finanzmärkte“ auf. Wie lässt sich das Finanzsystem so stabilisieren, dass es nicht direkt Krisen und insgesamt weniger Verlierer produziert? „Diese Frage zu stellen, wenn es eine Krise gibt, ist zu spät“, sagt Gerhard Schick. Deshalb gründete er zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers die „Bürgerbewegung Finanzwende“. Als Grünen-Bundestagsabgeordneter betätigt er sich aus diesem Grund seit Ende 2018 nicht mehr.

In welchem Maße finanzstarke Investoren unser aller Leben beeinflussen, zeigt sich aktuell vor allem beim Wohnen. „In den größeren Städten können sich normale Leute keine Miete mehr leisten“, konstatiert Schick. Das hat nicht zuletzt mit den Finanzmärkten zu tun. Denn Kredite werden nicht dafür eingesetzt, um Bürgerinnen und Bürger mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Ziel sei es viel mehr, bestehende Immobilien aufzukaufen und zu immer höheren Preisen zu verkaufen. Vor diesem Hintergrund kämpft die „Bürgerbewegung Finanzwende“ darum, dass sich das Finanzmarkt- und Geldsystem wieder an den Bedürfnissen der Realwirtschaft orientiert.

Wo man den Hebel jedoch genau ansetzen soll, ist eine heiß umstrittene Frage. Anhänger der Freiwirtschaft plädieren dafür, das Geldsystem grundlegend zu transformieren. Das kann Gerhard Schick sogar nachvollziehen. „Wir haben eine Wirtschaft, wo sehr viel leistungslose Einkommen erzielt werden“, sagt er. Gleichzeitig glaubt er nicht, dass entsprechende Reformen außerhalb einer Krisenzeit gelingen würden. Und im Moment gebe es nun mal keine mit 2008 vergleichbare Krise. Die Krise von vor elf Jahren wiederum sieht Schick als verpasste Chance: Vielleicht wäre es damals möglich gewesen, das gesamte Finanzsystem neu aufzustellen.



Gerhard Schick geht auch gegen sogenannte Cum-Ex-Geschäfte vor – eine Finanzkonstruktion, die dazu dient, dass das Finanzamt an Investoren am Finanzmarkt, Geld auszahlt.

Die „Bürgerbewegung Finanzwende“ tritt dennoch für konkrete Reformen ein. Zum Beispiel für die Idee „Trenn-

banken“: Der Geschäfts- und der Investmentbankenbereich sollen voneinander getrennt werden, um Banken im Ernstfall leichter abwickeln zu können. Hierzu gab es auch einen konkreten Vorschlag in Europa, den die französischen Großbanken jedoch gestoppt haben, so Schick. Auch in Deutschland habe es entsprechende Versuche gegeben. Am Ende wurde ein „Trennbankengesetz“ kreierte, das seinen Namen nicht verdient: „Es hat die Trennung nicht erreicht.“ Die Regulierung bietet reichlich Ausweichmöglichkeiten. Die Grundintention ist verwässert.

„Viele sind Verlierer“



Die „Bürgerbewegung Finanzwende“ will der Politik einen neuen Impuls geben, die Kräfteverhältnisse in Deutschland zwischen mächtigen Finanzmarktinteressen auf der einen und Gemeinwohlinteressen auf der anderen Seite zu verschieben. Die Bewegung hat inzwischen 1.900 Mitglieder, was für Schick zeigt, dass Finanzstabilität, Verbraucherschutz und nachhaltige Investitionen vielen Menschen ein Bedürfnis ist. „Ich glaube, es wird uns gelingen, noch mehr Menschen zu interessieren, denn viele sind im aktuellen System Verlierer“, sagt der Finanzexperte. Das zeigt zum Beispiel die Zahl von fast sieben Millionen Überschuldeten in Deutschland.



Die „Bürgerbewegung Finanzwende“ will, dass der Geschäfts- und der Investmentbankenbereich voneinander getrennt werden.

Auch das Dogma des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums wird von Gerhard Schick äußerst kritisch gesehen. „Ein Wachstum, wie wir es in den letzten Jahren gehabt haben, führt uns in den ökologischen Ruin“, sagt der frühere Grünen-Finanzpolitiker. Das Wirtschaftssystem müsse so umgebaut werden, dass niedrigere Wachstumsraten nicht zu Überschuldung und Massenarbeitslosigkeit führen.

Dass das etwas mit „Geld“ zu tun hat, weiß Schick, denn als junger Mensch hatte er sich intensiv mit dieser Problematik befasst. Die „Bürgerbewegung Finanzwende“ habe das Thema „Geldordnung“ durchaus auch im Blick: *„Aber wir arbeiten nicht zu allen Themen, die wir im Blick haben, das wäre einfach nicht möglich.“* Die Initiative möchte sich auf Themen konzentrieren, bei denen sie davon ausgeht, dass man eine Wirkung erzielen kann. Elf Themen und vier Kampagnen stehen aktuell auf der Agenda. So wurde ein an die EU gerichteter Appell „No Libra – Facebooks Währung stoppen!“ auf den Weg gebracht. Über 8.300 Menschen unterstützten ihn bisher.

P&R sammelt Geld ein



Für den Chef der Organisation „Finanzwende“ ist außerdem das Thema „Faire Altersvorsorge“ eminent wichtig. Aufgrund von Betrugsfällen auf dem Kapitalmarkt, sagt er, verlieren Tausende Menschen ihre Altersvorsorge. Zu den prominentesten Beispielen zählt für Schick die P&R Firmengruppe für Containerinvestments. Fast 55.000 Anleger hatten rund 3,5 Milliarden Euro investiert. Im März 2019 hatte die Firma Insolvenz angemeldet. P&R hatte offensichtlich ein Schneeballsystem initiiert: Es wurde immer mehr Geld eingesammelt, mit dem die Firma Ausschüttungsansprüche bediente, die über die Anlagen gar nicht erwirtschaftet waren.

Darüber waren sich die Investoren in keiner Weise im Klaren. Die meisten Bürger wissen ja nicht genau, welche Folgen sich ergeben können, wenn sie ihr Geld dem Kapitalmarkt anvertrauen. Bei



Auch das Thema „Faire Altersvorsorge“ treibt Gerhard Schick um.

der P&R-Pleite, dem vermutlich größten Anlageskandal Deutschlands, verloren etliche Bürgerinnen und Bürger ihre Alterssicherung. Hinterher erfuhren sie, dass ihnen von auf Provisionsbasis bezahlten Finanzberatern nicht vorhandene Stahlcontainer für die Seefracht als Sachwertanlage verkauft wurden. Ein Großteil der 3,5 Milliarden Euro versickerte in einem internationalen Firmengeflecht um P&R-Gründer Heinz Roth.

Müssten die Bürger besser Bescheid wissen? Oder müsste die Politik bessere Gesetze für den Anlegerschutz schaffen? Für die „Bürgerbewegung Finanzwende“ hat die Politik ganz klar einen Schutzauftrag. Die Organisation sammelte mit ihrem Aufruf „BaFin, aufwachen! Stopp endlich Betrügereien wie bei P&R!“ 3.000 Unterschriften, die Ende Januar 2019 an Felix Hufeld, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, übergeben wurden. Der kommentierte die Übergabe damit, dass kein staatlicher Schutz den einzelnen Verbraucher aus der Verantwortung entlassen könne, seine Finanzprodukte aufmerksam und verantwortungsvoll zu prüfen.

Anlegerschutz stärken



Und doch soll Anlegerschutz nicht länger ein Lippenbekenntnis sein: Mit dem „Maßnahmenpaket zur Stärkung des Anlegerschutzes“ scheint sich etwas zu bewegen. Das im August vorgelegte Paket will die Kompetenzen der Finanzaufsicht bei der Überwachung von Finanzprodukten wie auch bei deren Vertrieb erweitern. Vermögensanlagen werden noch strenger reguliert. Die „Bürgerbewegung Finanzwende“ sieht es auch teilweise als ihren Erfolg an, dass es dieses Paket nun gibt. Abzuwarten bleibt für Schick nun, ob die BaFin ihre neuen Möglichkeiten nutzt. Im P&R-Fall habe sie ihre damals bereits existierenden Instrumente nicht angewandt.

Mit der „Bürgerbewegung Finanzwende“ hat Schick ein ambitioniertes Projekt gegründet. Langfristiges Ziel ist es, sich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden vollständig zu finanzieren. *„Zum Start haben wir allerdings eine Anschubfinanzierung sicherstellen können“*, so Schick. Zu den Geldgebern gehören die Schöpflin Stiftung aus Lörrach, die Stiftung Finanzwen-



Für Steffen Henke trifft die „Bürgerbewegung Finanzwende“ nicht des Pudels Kern.

de, die Hans-Böckler-Stiftung und die European Climate Foundation. Damit ist die Finanzierung für die ersten drei Jahre gesichert. *„Insgesamt wurden 370.000 Euro eingeworben“*, weiß Freiwirtschaftler Steffen Henke von der „Neues Geld gemeinnützige GmbH“ aus Leipzig.

Henke kann verstehen, warum die Bewegung bereits relativ viele Mitstreiter gewonnen hat. Denn Forderungen nach einer Finanztransaktionssteuer, einem Lobbyregister oder nach sozialem Wohnungsbau sind attraktiv. *„Über diese Themen muss auch gesprochen werden, nur fragt sich, ob sie eine echte Finanzwende einleiten können, wenn des Pudels Kern nicht berührt wird.“* Wieso wir gerade eine Schuldenkrise erleben, darüber höre man von der Bewegung fast nichts: *„Auch, dass sich Guthaben und Schulden über den Zinseszinsseffekt exponentiell über die vergangenen Jahrzehnte aufgebläht haben, wird nicht erklärt.“*

Macht das wirklich Sinn?



Nach Henkes Überzeugung ist es zwecklos, sich für eine Finanzwende zu engagieren, ohne die Art der Geldumlaufumsicherung, wie sie beim Fließenden Geld gedacht ist, zu ändern: *„Dann kann dieses Ziel einfach nicht erreicht werden.“* Die destruktive Wirkung von Zinsen müsse erkannt werden. *„Je hö-*



Der vom Zinshunger getriebene Wachstumszwang zerstört die Natur.

her der Zins, desto stärker der Umverteilungsmechanismus wegen ungleicher Vermögensverteilung von fast Allen zu sehr Wenigen“, betont er. Auch führe ein Zins deutlich über null Prozent als destruktive Geldumlaufsicherung zu einem Wirtschaftswachstumszwang: „Die Konsequenzen für Mensch, Tier und die Natur sind verheerend.“

Den Menschen ein Thema wie „Freigeld“ nahezubringen, ist schwieriger, als eine Kampagne gegen Libra loszutreten. „Auch das Thema ‚Regionalwährung‘ wird nicht für kampagnenfähig gehalten“, ergänzt Christian Gelleri, Initiator der Regionalwährung Chiemgauer. Bei den Grünen bekomme er immer wieder zu hören, dass sie versuchen, Mehrhei-

ten auf Basis von Kompromissen zu finden: „Da geht's dann um ein Formular zum Verbraucherschutz oder um Lobbyregeln.“ Wenn man Glück habe, setzen sie sich auch mal für Erleichterungen für Genossenschaften oder die Toleranz von Regionalwährungen ein. Doch Geldreformer seien sie nicht. 

Zur Autorin Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg, seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig.

Schwerpunkte:

Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.